

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Stellung genommen die Anzeiger sind für Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verleger: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig. Druck: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig. Postfach-Nr. 1008.

Telegramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1008

Nr. 251

Sonntag, den 26. Oktober 1924

19. Jahrgang

Aus dem Wahlkampf.

Der Rücktritt des deutschnationalen Abg. Hergt
von der Führung der Partei ist ein weiterer schwerer Schlag für die Deutsche Volkspartei, die geglaubt hatte oder wenigstens die Wähler hatte glauben machen wollen, daß die Deutschnationalen jetzt völlig stubenrein geworden seien und unbedenklich in die Regierung hineingenommen werden könnten. Mit dieser Legende hat die Volkspartei allerdings bisher weiter nichts als Enttäuschungen erlebt. Sie brachte die Darstellung auf, als wenn bei den Verhandlungen des Reichstagsmarschall mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen über die Regierungserweiterung nur die letzteren vorbehaltlos die Richtlinien der Regierung anerkannt hätten. Prompt erwiderte Graf Westarp in einer Wahlrede: Das ist uns garnicht eingefallen; wir haben nicht vorbehaltlos angenommen. Weiter versicherte die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen würden bestimmt die jegliche Außenpolitik der Regierung mitmachen. Da kam der deutschnationale Wahlspruch und knickte alle vorkampfbildenden Blüten: nicht Fortführung der gegenwärtigen Außenpolitik, sondern ihre Aenderung gerade in den wichtigsten Punkten! Und nun ist Hergt abgesetzt worden, der am 29. August zwar ein Reinsager war, weil er sich seine Chancen als Parteiführer nicht verderben wollte, der aber im übrigen die 50prozentige Abstimmung seiner Fraktion glänzend gemanagert hatte und zur Deutschen Volkspartei in den intimsten Beziehungen stand. Sein Nachfolger, der preußische Landtagsabgeordnete Bindler, ist zwar von vornherein nur als provisorischer Vorkandidat gewählt worden; aber es ist doch bezeichnend, daß die Wahl gerade auf diesen altkonservativen reaktionären Mächte-gern-Juncker gefallen ist, von dem erwartet wird, daß er den oppositionellen rechten Flügel der Deutschnationalen bis über die Wahlen hinaus bei der Stange behalten wird. Mit dieser Entwicklung der Dinge ist die Deutsche Volkspartei wieder um eine Hoffnung ärmer. Aber das wird sie nicht abhalten, immer weiter hinter den Deutschnationalen herzulaufen, auch wenn diese sich noch mehr nach

den Deutschvölkischen zu entwickeln sollten. Trotz aller Redensarten Stresemanns ist die Deutsche Volkspartei nach dem unerbittlichen Zeugnis des „Berliner Volksanzeigers“ ja doch schon eine ausgesprochene Rechtspartei, und da kommt es auf ein bißchen mehr oder weniger rechts auch nicht weiter an.

Demokratischer Aufschwung.

In den demokratischen Organisationen Süddeutschlands hat die maßlose Hege der Rechtsparteien, die auf der ganzen Linie in Baden, Hessen, Hessen-Nassau und in der Pfalz eingesetzt hat, die gegenteilige Wirkung gehabt, die ihr zugebacht war. Die Organisationen, unter anderen die Parteileitung in Frankfurt a. M., berichten von einem bedeutenden Zuwachs, den die Mitgliederzahl der Partei in den letzten Tagen erfahren hat. Eine Reihe von Demokraten, die die Partei aus politischen Gründen verlassen hatten, haben ihren Beitritt von neuem erklärt, unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß die von der Reichstagsfraktion in den letzten Monaten eingeschlagene zieldenkende und demokratischen Grundüberzeugungen gerecht werdende Politik ihnen Anlaß dazu geworden ist.

Haftbefehle gegen alle kommunistischen Reichstagsabgeordneten.

Auf Anordnung des Staatsgerichtshofes sind nunmehr von dem Untersuchungsrichter Bogt gegen alle noch nicht verhafteten bisherigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Haftbefehle bezw. Steckbriefe erlassen worden. Die Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der kommunistischen Reichstagsabgeordneten werden fortgesetzt.

Eine Kandidatur des Kronprinzen?

Berlin, 25. Okt. Der „Newport Herald“ meldet Graf Westarp habe mit dem Kronprinzen wegen einer etwaigen Spitzenkandidatur bei den Deutschnationalen bezw. wegen einer Erklärung zur Unterstützung der Partei verhandelt. Der „Berliner Volksanzeiger“ erklärt an dieser Meldung sei kein wahres Wort.

Amerika und der Völkerbund.

Newport, 24. Okt. Präsident Coolidge nahm heute zum letztenmal vor dem Wahltag in öffentlicher Rede zu den im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen stehenden Fragen Stellung. Bezüglich der Stellungnahme Amerikas zum Völkerbund führte Coolidge aus: Wir haben uns dem Völkerbund ferngehalten, vor allem, um Verwicklungen politischer Natur zu vermeiden und zu verhüten, daß wir verpflichtet werden können, anderer Leute Geschäfte zu besorgen, also Verpflichtungen zu übernehmen, deren Zustandekommen wir nicht gebilligt haben und an denen wir nicht direkt interessiert sind. Wir haben aber auch nicht abgelehnt, zu helfen, zusammenzuarbeiten und zu handeln, wo immer sich eine Gelegenheit bot, in der wir von Nutzen sein konnten. Wir treten fernerhin für eine Weltpolitisch internationale Konferenz ein, wo immer solche Konferenzen durch besondere Anlässe geboten erscheinen mögen, um klar umrissene Fragen zu erörtern, weitere Abklärung herbeizuführen und Pläne für die Kodifizierung des Völkerrechts vorzuschlagen. Unsere Regierung ist aber gegen Erörterung von Fragen, die unsere eigenen, rein inneren Angelegenheiten betreffen seitens irgendwelcher internationalen Körperschaft oder Konferenzen.

Der Präsident schaltete hier die Bemerkung ein, er sei gegen Streichung der ausländischen Schulden, und seine Regierung werde weiterhin auf deren Tilgung dringen, und schloß diesen Abschnitt seiner Rede mit der Versicherung, die Vereinigten Staaten gebähen von der Linie ihrer traditionellen Politik, die in erster Linie die Sicherung der eigenen Unabhängigkeit fordere, zugleich aber die Bereitschaft zur Hilfeleistung einschleße, nicht abzuweichen.

Die Strafanträge im „Consul“-Prozeß.

Leipzig, 24. Okt. Im Prozeß gegen die Mitglieder der „Organisation C“ stellte der Staatsanwalt heute die Strafanträge. Er beantragte: Für den Angeklagten Hoffmann eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten 15 Tagen, umzuwandeln in 750 Mark Geldstrafe, für die Angeklagten v. Killinger und Kauter Gefängnisstrafen von je 2 Monaten bzw. 600 Mark Geldstrafe, für den Angeklagten Müller 1 Monat 15 Tage bzw. 450 Mark Geldstrafe, für die Angeklagten Henrich, Siebel, Broeren, Henkel und Krebs je 1 Monat Gefängnis bzw. 300 Mark Geldstrafe, für den Angeklagten Wegelin wegen Waffenbesitzes 3 Monate Gefängnis. Alle Strafen mit Ausnahme der für Broeren und Wegelin vorgeschlagenen haben als durch die Untersuchungshaft verbüßt zu gelten. Die Angeklagten Schuder, Klinsch, Mahn, Seffner, Frisch, Anders, v. Abendroth, v. Jedlitz-Neulirch, Koppe, Ehrentraut, Viebig, Stobwasser, Werber und Wehrmann sind freizusprechen.

Das Urteil wird am Sonnabend mittag 12 Uhr verkündet werden.

Wer von dem Prozeß gegen die „Organisation Consul“ Sensationen erwartete, hat sich getäuscht. Obwohl 24 Angeklagte erschienen waren und drei Tage lang, vormittags und nachmittags, vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wurde, ereignete sich nichts, was die Öffentlichkeit auch nur entfernt in Erregung gebracht hätte. Das eigentliche Bühnenspektakel besetzten jedoch die Verhandlungen der für Broeren und Wegelin vorgeschlagenen Strafanträge, die für einen verhältnismäßig hohen Preis durch die Verhandlungen nicht eben unterhandelt fanden. Ohne große Bewegung wurde denn auch die Verlesung der Strafanträge, die für einen verhältnismäßig hohen Preis durch die Verhandlungen nicht eben unterhandelt fanden. Ohne große Bewegung wurde denn auch die Verlesung der Strafanträge, die für einen verhältnismäßig hohen Preis durch die Verhandlungen nicht eben unterhandelt fanden.

Staatsstreik in Peking.

London, 24. Okt. Die gestern abend in London eingetroffene Nachricht, wonach Peking von der Außenwelt abgeschnitten sei, hat nach Mitteilung aus englischer und amerikanischer Quelle eine überraschende Aufklärung gefunden. Die Division „Christlicher Genrefresser“ des Generals Teng hat die Lücke von Peking besetzt und die Abdankung des Präsidenten und des Kabinetts verlangt sowie die sofortige Einstellung des Kampfes.

Tokio, 24. Okt. Nach einer Meldung aus Tientsin ist Tschao Lun, Präsident von China, mit unbekanntem Ziel aus Peking geflohen.

Tokio, 24. Okt. (Reuter.) Die japanische Regierung hat die Absendung von zwei Jochreitern aus Tientsin und von 200 Mann Truppen nach Schanghai beantragt. Von der weiteren Entwicklung in China wird es abhängen, ob Japan es für nötig hält, seine Streitkräfte in Uebereinstimmung mit dem Völkervertrag zu erhöhen.

Stresemann läßt sich interviewen.

Paris, 24. Okt. Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann, worüber er berichtet: Die Entspannung, die nach Annahme des Dawes-Planes eingetreten ist, ist nach der Ansicht Stresemanns sehr groß. Das Reich ist augenblicklich ruhig, mindestens für zwei Jahre. Erst später werden die Lasten aus dem Dawes-Plan stark drücken, inzwischen aber kann Deutschland Wirtschaft und Finanzen in Ordnung bringen. Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich gebessert und werden sich mit der fortschreitenden Klärung des Ruhrgebietes noch weiter bessern.

Stresemann beklagt sich jedoch, daß man in Frankreich die deutsche Mentalität nicht versteht. Namentlich die letzte Rede Herriots habe ihn sehr beunruhigt, in der Herriot sagte, daß Deutschland, um Vertrauen einzufößen, das verbrennen müsse, was es gestern angedeutet habe. Ein solcher Bruch mit der Vergangenheit ist aber, so meint Stresemann, unmöglich. Das jetzige Deutschland bleibe an seine Vergangenheit gebunden wie das Frankreich der Restauration an die Zeit Napoleons. Während fünf Jahrhunderten habe die Hohenzollern-dynastie Deutschland geschmiedet, und wo früher Sandwüste war, haben die Hohenzollern einen mächtigen Staat von Weltgeltung geschaffen. Solche Erinnerungen lassen sich nicht durch einen Federstrich aus der Welt schaffen. Die deutschen Monarchisten seien mehr (?) ihren Erinnerungen als dem Lebenden treu, und gegenwärtig denke niemand außer einigen Ueberlebenden an die Wiederaufrichtung der Monarchie. Abgesehen von den internationalen Schwierigkeiten, der wahrscheinlichen Rivalität zwischen Hohenzollern und Wittelsbachern, fehle es auch an geeigneten Kandidaten. Stresemann hat übrigens, so führt der Berichterstatter fort, eine merkwürdige Art, die Nationalisten anzusehen. Er sieht in ihnen, abgesehen von dem zu den Völkischen hinneigenden rechten Flügel, keine Gegner der Erfüllungspolitik. Der Korrespondent schließt hieraus, daß Stresemann an einen konservativen Block denkt, der die gemäßigten Nationalisten (Volkspartei) und die Konservativen (Deutschnationalen) umfassen solle. Weiter heißt es, der Führer der Volkspartei finde es merkwürdig, daß man sich in Frankreich namentlich dafür interessiert, was die Demokraten und Sozialdemokraten tun, deren Führer nur einen sehr schwachen Einfluß auf die Masse hätten und deren Nachwähler nur die Arbeiterbeologie verkörpern. Dort sei nicht die Elite der Nation zu suchen. Wenn Frankreich mit dem zusammenarbeiten wolle, was

es an soliden Aktiven, an Reichem und Bestimmendem in Deutschland gibt, so müsse es sich für diejenigen Kreise interessieren, die in Deutschland die Hauptrolle spielen, müsse es Fühlung nehmen mit Männern, die die Nation führen, d. h. mit den Industriellen, Geschäftsleuten, Staatsmännern und Intellektuellen, deren Mehrheit ins Lager der Volkspartei und der Deutschnationalen gehöre.

In diesem Zusammenhang erwähnt der Korrespondent: Die Stimme Stresemanns hob sich nicht, als er von Poincare sprach, aber sie donnerte, sie ließ den Kronleuchter erzittern, als Herr Stresemann sich daran machte, eine demokratische Zeitung in Berlin zu widerlegen, auf deren Nachrichten hin die französische Presse seit 14 Tagen die beabsichtigte Demission Stresemanns verkündet. „Der neue Reichstag“, so schließt der Berichterstatter, „wird vielleicht von Herrn Stresemann nicht wissen wollen, aber das ist zweifellos: Stresemann selbst hat nicht die geringste Lust zurückzutreten. Er liebt die Macht mit Leidenschaft, und er ist bestimmt ein Mann, der selbst, wenn er besiegt ist, nicht die Waffen streckt.“

„Der neue Geist in Europa.“

Newport, 24. Okt. Der Agent für die Reparationen Owen Young richtete aus Anlaß der Tagung der 51. Sitzung der amerikanischen Handelskammer in Washington an deren Präsidenten, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Standard Oil Company Bedford ein Telegramm folgenden Wortlauts: „Die Wichtigkeit, mit der die durch den Dawesplan vorgesehene Maschinerie in Gang gesetzt wurde und ihr widerstandsloser Betrieb während der letzten sechs Wochen sind der beste Beweis dafür, daß in Westeuropa ein neuer Geist herrscht, der die Wiederherstellung normaler Verhältnisse gewährleistet. Noch bevor die Anleihe geschlossen war, hat Deutschland in den letzten sechs Wochen über dreißig Millionen Dollar bezahlt, und der größte Teil dieser Summe wurde auf dem einen oder anderen Wege den Gläubigerländern überwiesen. Nun, da die Anleihe untergebracht und die weitere Entwicklung der Kontrolle des Generalagenten unterstellt ist, stehen praktisch alle Beträge zur Verfügung, die während des ersten Jahres für die Ausführung des Dawesplanes benötigt werden. Nichts kann mehr zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Hoffnung bei den entmutigten Völkern Europas beitragen, als die einbruchsreiche Vertrauensumgebung des amerikanischen Volkes, wie sie sich in der Ueberzeugung der Deutschlandanleihe ausdrückt.“

tel
eu
ke.
tz
es
k
ert.
rtner-
1/6 Uhr
s 1 Uhr:
Zentral-
erscheinen,
en Kund-
Zwischen-
ue.
Georgi.
nter-
mann,
stand.
Mr.
ab,
markt
ete
änse
ellen.
ue.
er
nahme-
swig.)